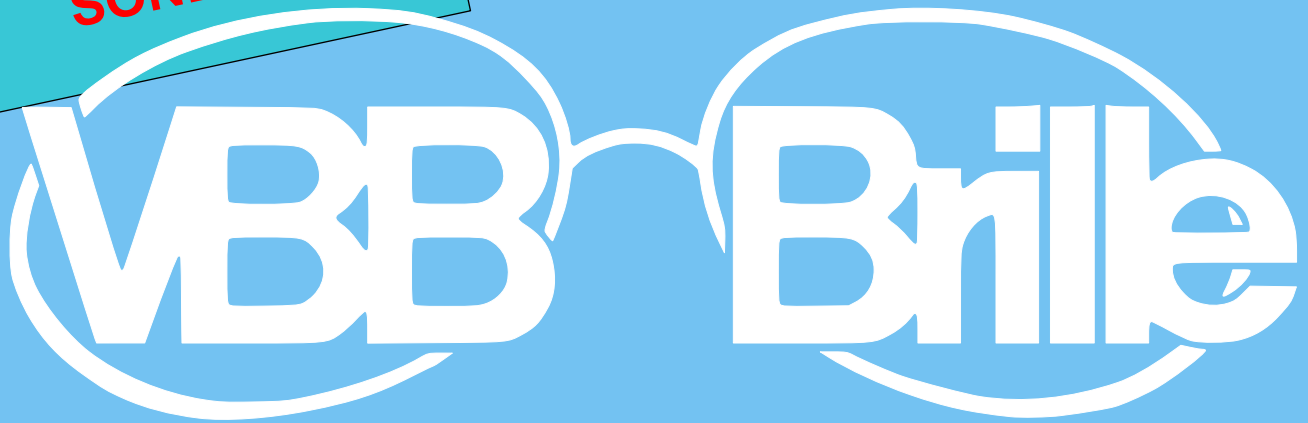


SONDER-



Ausgabe 288

Februar 2018

**Informationen und Meinungen
aus dem und für das BAANBw**

Aus dem Inhalt

Neues aus Berlin – der KoalitionsvertragSeite 2

Neue „Organisationsform“ der Beschaffungs-organisation der Bundeswehr? – Ein
Blick in die Glaskugel und in den RückspiegelSeite 3

Privatisierung von staatlichen KernaufgabenSeite 4

Neues aus Berlin – der Koalitionsvertrag

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit vielen Jahren begleiten wir nun Ihre Interessen im Ringen um die Zukunft der Beschaffung in einer Bundesoberbehörde am Standort Koblenz/Lahnstein. Die vergangenen Jahre waren entsprechend turbulent und voller Herausforderungen. Aber wir haben diese Herausforderungen gemeistert – und wie!

Die nunmehr durchsickernden Informationen hinsichtlich der beabsichtigten erneuten Untersuchung unseres Hauses mit ggf. entsprechenden Anpassungen (eine Änderung der Organisationsform ist nicht auszuschließen) deuten jedoch an, dass die erhofften ruhigeren Gewässer und die Fokussierung auf unseren Kernaufgaben politisch weiterhin nicht gewollt zu sein scheinen.



Jakob Milles

Inwiefern die politische Führung des BMVg, die seit nunmehr 5 Jahren am Ruder steht, und ihrer 1. Offizierin Sts´in Dr. Katrin Suder Verantwortung übernehmen werden, ist mir leider nicht bekannt. Ich darf aber davon ausgehen, dass der politisch gesehene Bedarf weiterer Organisationsanalysen voraussichtlich durch Externe – vielleicht gar durch McKinsey – mit einer entsprechenden Unzufriedenheit hinsichtlich der Performance von Frau Dr. Suder einhergeht. So hat Sie nach eigenem Bekunden wirklich sehr Vieles in die Wege geleitet, um sowohl die Beschaffungs- als auch Nutzungsprozesse voran zu bringen. Die Wirkung dieser (kostenintensiven) Maßnahmen erfüllt jedoch nicht die politischen Erwartungen der bisherigen und voraussichtlich zukünftigen Regierung.

Entgegen der Erwartungen des Bundeswehrverbandes in einer Trump-anmutenden Veröffentlichung auf Ihrer Homepage, wird der Verband der Beamtinnen und Beamten der Bundeswehrverwaltung – Bereich BAAINBw nicht hadern oder der Vergangenheit nach trauern. Wir glauben an unsere herausragenden Leistungen und die unserer Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer sowie Soldatinnen und Soldaten! Wir glauben auch an die Kraft und die Notwendigkeit von Veränderungen. Diese werden wir in gewohnt professioneller Art und Weise begleiten und mit gestalten.

Gleichwohl müssen wir die Führungskultur bemängeln, deren Wirksamkeit sich auf folgende Formel zurückführen lässt:

$$\text{Vertrauen} = (\text{Zuverlässigkeit} \times \text{Kompetenz} \times \text{Offenheit}) / \text{Eigennutz}$$

Wie bereits an dieser Stelle schon einmal ausgeführt, kann Veränderung nur erfolgreich und effektiv erfolgen, wenn den Aussagen der Führungskräfte resp. Politischen Führung vertraut werden kann. Die in der Vergangenheit mehrfach getätigten Zusagen, auch im Zusammenhang mit der moderaten Nachjustierung, und die nunmehr im

Entwurf des Koalitionsvertrages zu findenden Passagen (mehr in den Artikeln) erschüttern das Vertrauen jedoch nachhaltig. Es ist nun dahin.

So konzentrieren wir uns darauf die kommenden Veränderungen, weiteren Umwälzungen und Analysen konstruktiv im Sinne der Beschäftigten, denen wieder zusätzlich Enormes abverlangt werden wird, zu begleiten. Wir sind überzeugt davon, dass in einer fairen Analyse unsere Leistungen überzeugen und wir als Staatsdienerinnen und Staatsdiener weiter für unsere Soldatinnen und Soldaten die im Grundgesetz verankerte adäquate Ausstattung beschaffen und in der Nutzungsphase in Schuss halten werden! Wir werden als Verband hierfür im politischen Raum überzeugend werben und zum Nachdenken über zunehmend durch Beratungsfirmen beeinflusste Entscheidungen anregen.

In diesem Sinne werden wir Ihre Interessen weiter energisch vertreten und die auf uns zu kommenden Chancen gemeinsam mit Ihnen nutzen.

Mit kollegialen Grüßen

Jakob Milles

PS: Ihre Anregungen (Lob & Kritik) können Sie gerne an buero@vbb-baaibw.de senden.

Neue „Organisationsform“ der Beschaffungsorganisation der Bundeswehr? – Ein Blick in die Glaskugel und in den Rückspiegel

Nach dem Hochwasser Anfang des Jahres kommen jetzt die Landvermesser: Das Deutsche Eck wird neu vermessen. Nein, nicht so wie Sie denken. Die hierbei tätigen „Landvermesser“ sitzen in Berlin. Das Wehressort nimmt sich im Koalitionsvertrag folgendes vor: Man will bis Ende 2019 untersuchen, „(...) in welcher Weise die Beschaffungsorganisation der Bundeswehr in ihrer Organisationsform angepasst werden sollte.“

Hatten wir nicht erst in der vergangenen Legislaturperiode die Umsetzung der Empfehlungen aus dem sogenannten Rüstungsgutachten, die Agenda Rüstung und seit Dezember 2015 die „moderate Nachjustierung“?

Dazu stellt der aktuell gültige Rüstungsbericht des BMVg vom 12. Dezember 2017 fest: „Die moderate Nachjustierung des BAAINBw wurde im Sinne einer organisatorischen Weiterentwicklung im geplanten Zeitraum erfolgreich fortgeführt. Die organisatorische Nachjustierung der heutigen drei IT-Abteilungen wird als nächster und letzter Schritt den Abschluss bilden.“

Was soll das also heißen, „Beschaffungsorganisation in ihrer Organisationsform anpassen“? Was kommt jetzt? Eine Inhouse-GmbH des Bundes, eine Anstalt des öffentlichen Rechts, ein „agenturähnliches Konstrukt“ oder eine Art „Projektgesellschaft“? Denn um die Verbesserung von Abläufen, Verfahren und IT-Werkzeugen, bei denen es im Übrigen in der Tat noch „größere Baustellen“ gibt, kann es sich bei dieser Wortwahl nicht drehen.

Auch würde eine solche „Untersuchung zur Anpassung der Organisationsform“ des BAAINBw mit Sicherheit (erneut) einen großen Beratungs- und Unterstützungsbedarf aus der Beraterbranche nach sich ziehen. Wer bezahlt das wohl, und wer profitiert in jedem Fall davon?

Bevor es extrem undurchsichtig und intransparent wird, erzeugt die (VBB)-Brille den Durchblick, stellt Transparenz her und gibt den weiteren Kurs aus unserer Sicht vor.

Im **Erlass von Staatssekretärin Dr. Suder zur moderaten Nachjustierung des BAANBW** vom 5. Dezember 2015 steht, dass „wir drei Jahre nach Indienstellung des Amtes dem Grunde nach auf das Erreichte gemeinsam sehr stolz sein können, und dieses nun nachhaltig und damit strukturell verankern müssen“. **Die Nachjustierung sei „moderat“ zu gestalten, „weil wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keinesfalls bei unseren Aktivitäten verlieren dürfen und an der Linie „ein Amt - keine große Reorganisation“ festzuhalten sei.“**

Gilt das etwa nicht mehr?

Doch: Im VBB Magazin vom Oktober 2017 kam Staatssekretärin Dr. Suder mit einem Namensartikel zu Wort. Unter der Zwischenüberschrift „Veränderungen brauchen Zeit und Geduld - und müssen über Systemgrenzen hinausgehen“ führt sie aus: „In den vergangenen drei Jahren haben wir gemeinsam im bestehenden System viel verändert. Nahezu jeder Stein wurde umgedreht, fast jeder Bereich durchleuchtet. Drei Jahre Agenda Rüstung zeigen aber auch: Veränderungen brauchen Zeit und Geduld. Die transparente weitere Umsetzung der Agenda Rüstung sowie die Sicherung der Nachhaltigkeit der eingeleiteten Veränderungen sind daher wesentliche Elemente im weiteren Vorgehen.“

Übersetzt mithilfe unseres Zielbildes Rüstungsmanagement heißt das: „Transparenz ist Trumpf“ – und nicht „stumpf ist Trumpf“ („Beschaffungsorganisation in ihrer Organisationsform anpassen“).

Wir sollten uns vielmehr auf unsere Stärken besinnen und diese weiter forcieren, zum Wohle der Leistungsfähigkeit und Effizienz der Bedarfsdeckung für die Bundeswehr und unserer Partner.

In der gerade erst veröffentlichten Jahresweisung des BAANBW vom 31. Januar 2018 schreibt der Präsident im dritten Absatz: „Unser Amt hat Perspektive!“ Und weiter im nächsten Absatz: „Durch die Nachjustierung des Amtes haben wir die Ansätze nachhaltig in unserer Organisation verankert. Jetzt gilt es, sie weiter zu stabilisieren.“ Unter den Maßnahmen zur Umsetzung der strategischen Ziele ist in der Anlage zur Jahresweisung unter anderem nachzulesen, dass eine „Dachstrategie BAANBW“ erstellt werden soll.

Das ist der richtige Weg, den es jetzt aus dem Ministerium nicht zu konterkarieren gilt. Unser Zielbild Rüstungsmanagement gibt diesbezüglich im Handlungsfeld Führungskultur folgenden Kurs vor: „Wir fördern Eigenverantwortung in gegenseitigem Vertrauen.“

Also, klare Ansage an Berlin und Bonn, auch mit Blick auf die eigenen Statements, Kurs halten, denn es gilt: „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit“, oder mit den aktuellen Worten von Staatssekretärin Dr. Suder: „Veränderungen brauchen Zeit und Geduld“.

In Koblenz haben selbst in der Karnevalswoche die Werte Glaubwürdigkeit, Transparenz, Kompetenz und Selbstlosigkeit einen unverändert hohen Stellenwert.

Privatisierung von staatlichen Kernaufgaben

Der nunmehr „versehentlich“ durchsickernde Entwurf des Koalitionsvertrages sorgt mit seinen Ausführungen im Teil „Außen, Verteidigung, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit“ bereits für erhebliche Aufregung!

So findet die geneigte Leserschaft u.a. folgende Passagen, die hinsichtlich des Wirtschaftlichkeitsgebotes staunen lassen: „Damit die Fähigkeits- und Rüstungskoperationen zukünftig effizienter werden, wollen wir in Zukunft militärische Fähigkeiten stärker gemeinsam planen, entwickeln, beschaffen und voran treiben. Dabei soll ein einheitliches Design auf Basis einheitlicher Fähigkeitsforderungen entwickelt werden und ein Staat die Federführung der Umsetzung des Projektes übernehmen. Ferner **soll die industrielle Wertschöpfung dort erfolgen, wo die beste industrielle und technologische Kompetenz liegt.**“

Weiter wird ausgeführt, dass „die Bundeswehr beschafft was sie braucht, und nicht, was ihr angeboten wird“. „Wir werden darum (...) für eine **Beschleunigung der Prozesse**, insbesondere des Beschaffungswesens, sorgen. Dazu bedarf es einer Anpassung der zum Teil seit Jahrzehnten unveränderten Bedingungen des Rüstungswesens in Deutschland:

Wir werden bis Ende 2019 untersuchen, in welcher Weise die Beschaffungsorganisation der Bundeswehr an ihren Standorten in ihrer Organisationsform angepasst werden sollte.“

Diese Zeilen treffen bis ins Mark, da doch die Kräfte der Beschäftigten des BAAINBw seit seinem Bestehen mit übermäßigem organisatorischen und prozessualen Veränderungsmanagement aufgebraucht scheinen. So ist die moderate Nachjustierung bis heute noch nicht abgeschlossen; auch darf festgestellt werden, dass fast das gesamte Haus „angefasst“ wurde. Das Ziel nunmehr die neuen Prozesse einzuschwingen und die Wirkung aller gemeinsamen Anstrengungen abzuwarten, schien nah. Der Silberstreif am Horizont. Es reift jedoch die Erkenntnis, dass es mit Blick auf eine lediglich 4-jährige Legislaturperiode politisch unabdingbar zu sein scheint – obgleich seit Jahren dieselben Protagonistinnen und Protagonisten im Bundestag und Kabinett agieren – mit weiteren Anpassung fortfahren zu wollen. Aktionismus vs. Effektivität.

Dies ist für alle Angehörigen der Bundeswehr, ob zivil oder militärisch, nun wahrlich nichts Neues, sind doch kaum noch Bundeswehrbeschäftigte im aktiven Dienst anzutreffen, die von Zeiten ohne Umwälzungen berichten können. Es gehört wohl dazu und als Staatsbedienstete gehört es zu unserem gesetzlichen Auftrag, die parlamentarischen Entscheidungen aktiv mit zu unterstützen, Neuerungen massiv voran zu treiben und sich keine Grenzen hinsichtlich neuer Denkansätze aufzuerlegen. Allen Beteiligten im Beschaffungsbereich ist mit Blick auf unsere Nutzerinnen und Nutzer schmerzhaft bewusst, dass wir mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Trendwende – nach hemmungslosen Abbau aller Verteidigungsressourcen – annehmen und die adäquate Ausstattung unserer Soldatinnen und Soldaten voran treiben müssen und werden!

Der weitere Ressourcenmissbrauch für derlei Untersuchungen, Umwälzungen und Umstrukturierungen zu Lasten der Kernaufgabe im Beschaffungswesen ist daher wohl hinzunehmen. Gleichwohl seien einige Anmerkungen erlaubt:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAAINBw bzw. der Bundeswehr sind nämlich nicht nur Staatsdienerinnen und Staatsdiener im jeweiligen Status, sondern gleichzeitig auch Bürgerinnen und Bürger, die neben dem reinen Steuern-zahlen aktiv an der Wahrnehmung staatlicher Kernaufgaben interessiert sind. Die intrinsische und idealistische Motivation unter den Bundeswehrangehörigen ist nicht zu unterschätzen. Die Überfrachtung mit steter Reorganisation zu Lasten der Kernaufgaben der Bundeswehr muss sie aber sehr zum Nachdenken bringen.

Es darf davon ausgegangen werden, dass die hier in Rede stehende Untersuchung erneut von oder mit externen Beratungsgesellschaften vorgenommen werden wird. Beratungsgesellschaften sind jedoch entgegen der Wahrnehmung im politischen Berlin immer noch gewinnorientierte Unternehmungen mit entsprechender Motivation, die im krassen Gegensatz zur Motivation der Bundeswehrangehörigen zur Erfüllung der Kernaufgabe "Äußere Sicherheit" steht. Die Kernaufgabe des Staates wird mit Blick auf dessen Ausprägung und Zukunftsfähigkeit aber in die Hände gewinnorientierter Unternehmungen gelegt, die den Öffentlichen Dienst immer öfter als Kunden gewinnen konnten (vgl. andere Ressorts).

Nachvollziehbar, dass sich die Staatsbürgerin bzw. der Staatsbürger, den wirtschaftlichen Aspekt einmal außer Acht gelassen, zu Recht Sorgen hinsichtlich der Sicherstellung bzw. Aufrechterhaltung dieser Kernaufgabe machen. Dem politischen Vernehmen nach, hätten die bisherigen Organisationsreformen unseres Bundesamtes nicht die erhoffte Wirkung entfaltet – daher eine ergebnisoffene Neu-Analyse, die wohl mit dem Ziel betrieben werden dürfte, um vermeintlich effiziente privatwirtschaftliche Managementtechniken im öffentlichen Sektor zu implementieren. So sind etwa eine Inhouse-Gesellschaft oder Agentur nicht auszuschließen. Die hiervon ggf. betroffenen Beschäftigten des BAAINBw können dem mit Blick auf die Erfahrungen aus der Privatisierung etwa von Bekleidung, IT-Dienstleistungen und Heeresinstandsetzung gelassen sehen.

Aber wieviel besser ist die Leistungserbringung von gewinnorientierten Unternehmungen? So werden im betriebswirtschaftlichen Kontext Gewinne über eine gute Mischung aus Einkauf und Vertrieb gemacht. Was interessiert es etwa, dass die Uniformhemden nach zwei Waschgängen auseinanderfallen, da der Einkauf der Materialien und auch die Herstellung so günstig und damit gewinnbringend erfolgte? Was interessiert Rendite orientierte Rüstungskonzerne, wenn die ausgelieferten Waffensysteme nicht dem Kundenwunsch entsprechen, wenn auf der Aktionärshauptversammlung die versprochene Rendite ausgeschüttet werden kann?

Die Bundeswehr hat jedoch wahrlich einen wichtigen Zweck; sie ist der Garant für unsere äußere Sicherheit und unsere Bündnisverpflichtungen. Die Qualität der Ausrüstung und Ausstattung als auch der Qualifizierungsstand der Soldatinnen und Soldaten determinieren die Sicherheit von uns allen. Wollen wir diese Sicherheit gewinnorientierten Strukturen überlassen? Vielmehr: Wollen sich ein Staat und sein Volk derart abhängig machen?

Mit Blick auf die Lobbystrukturen im Verhältnis zu Interessensverbänden in Berlin, scheint die Frage geklärt. Gleichwohl dürfen wir Staatsbürgerinnen und Staatsbürger nicht müde werden, unsere gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf die unsere Verpflichtung zur Erfüllung der staatlichen Kernaufgaben zu erinnern.

Ein Indiz für bereits getroffenen Vorbereitungen könnte die jüngst geschlossene Verwaltungsvereinbarung mit dem Bundesverwaltungsamt sein, aufgrund derer eine externe Beratungsgesellschaft die Struktur der erst im Jahr 2016 etablierte Programmorganisation PMO für die Leuchtturmprojekte TLVS; MKS180 und European-MALE untersuchen soll. Ziel dieser Untersuchung soll es sein, ein noch in 2018 umsetzbares Konzept zur Schaffung einer zukunftsfähigen „Projektmanagementorganisation für Strategische Rüstungsprojekte“ unter direkter Fachaufsicht des BMVg zu schaffen. Dies impliziert, dass die Formulierungen im Entwurf des Koalitionsvertrages bereits heute Makulatur und die Weichen bereits gestellt sind.

Allen Angehörigen des BAANBw bleibt nur, sich auf unsere Stärken und unsere täglichen Leistungen zu fokussieren. Wir haben insbesondere seit 2012 Herausragendes geleistet. Der Abbau der Bundeswehr, die Schließung von Standorten, die nachträgliche Verringerung von bereits vertraglich vereinbarten Stückzahlen, der Umfang der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, die von Lobbyismus geprägten Entscheidungen zugunsten bestimmter Waffensysteme etc. lag und liegt allein in den Händen des Bundestages und des mit Personen aus seinen Reihen besetzten Kabinetts.

Herausgeber: Bereich BAANBw des Verbandes der Beamten der Bundeswehr (www.VBB-BAANBw.de) • V. i. S. d. P.: Jakob Milles • Geschäftsstelle: 56068 Koblenz, Rheinstraße 1-5, Tel. 02 61 - 1 57 17 (auch Fax) • Textabdruck mit Quellenangabe gestattet; Belegexemplar erbeten • Textabdruck gekennzeichnete Artikel nur mit Genehmigung des Verfassers (Name ist der Redaktion bekannt) • Bezugskosten für Bereichsangehörige durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. • Auflage: 2.300